

7. Einer Standesinitiative zur sofortigen Wiedereinführung der Pressefreiheit in der Schweiz

Parlamentarische Initiative Urs Hans (parteilos, Turbenthal) vom 29. August 2022
KR-Nr. 305/2022

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Wir haben in mehrerer Hinsicht keine Meinungsfreiheit mehr in der Schweiz. Vorgegebene Narrative aus psychologisch gelenkter Gedankenkontrolle, also Mind Control, werden dem Pöbel stündlich von den staatstreuen Massenmedien eingehämmert, um das Volk gut lenkbar in Panik zu halten. Corona (*Covid-19-Pandemie*) und Ukraine (*Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine*) zeigen eindrücklich, wie uns Bürgern nicht nur die volle Wahrheit verwehrt wird, sondern uns auch fette Lügen aufgetischt werden. Kritiker werden mit Heerscharen von Faktencheckern diffamiert und als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt. Missliebige Beiträge und Videos werden auf Facebook, Twitter, Google, Instagram et cetera sofort gelöscht, um die Schlafschafe mit wahren Tatsachen nicht zu wecken. Vor allem unsere digitale Jugend wird einer Instant-Gehirnwäsche unterzogen, ohne dass sie es merkt. Während dem Vietnamkrieg machten dies die Nordvietnamesen mit abgeschossenen Militärpiloten auf dieselbe Weise. Damals wurde von «Gehirnwäsche» geredet, heute ist das Courant normal in den West-Medien. Wir haben eine Situation, wie wir sie früher im kommunistischen Ostblock und im Dritten Reich hatten, es ist eine Schande für die Schweiz. Wie sollen brave Bürger und folgsame Parlamentarier eine eigene Meinung entwickeln können, wenn sie gezielt einseitig informiert werden und Profit und Bequemlichkeit wichtiger sind als die Wahrheit? Ein Chefredakteur einer hier allen bekannten Zeitung sagte mir letzthin: Der Journalismus in der Schweiz im Moment ist tot. Journalismus bedeutet auch Beiträge zu bringen, von dem andere wollen, dass sie nicht öffentlich gemacht werden. Damit sich mündige Bürger eine eigene Meinung bilden können, brauchen sie ehrliche, vertrauenswürdige Informationen von allen Seiten. Alles andere ist Zensur und Manipulation.

Was dem arbeitenden Volk jeden Morgen in «20 Minuten» (*Gratiszeitung*) präsentiert wird, ist Abschaum und reine Manipulation von Massen wie in Nordkorea. Und was uns im Kantonsparlament jeden Montag auf dem Gratismedien-Desk in Tages-Anzeiger, NZZ und ihren abhängigen Regionalzeitungen sowie in der linken Presse aufgetischt wird, ist einseitig aufbereitete Staatskonzern- und Milliardären-Propaganda durch die Atlantik-Brücke (*deutscher Verein zur Stärkung der Beziehungen zwischen Europa und den USA*). Wer berichtet über die hunderttausenden von bestätigten Toten und Millionen von Geschädigten durch den Covid-Impf-Staatsterror an der Weltbevölkerung? Wer berichtet über die toten Kinder, welche zu Hauf, ohne dass für sie Covid je eine Gefahr darstellte, dem Impfwahn geopfert werden und wer nebst den willfähigen Ärzten daran noch Milliarden verdient? Wer berichtet zum Beispiel darüber, dass Covid-19 aus dem Bio-Labor in Wuhan stammt? Und wer berichtet darüber, dass das Pentagon (*US-*

amerikanisches Verteidigungsministerium) um die 40 Biowaffen-Labore in der Ukraine unterhalten hatte und Präsident Joe Biden persönlich darin verstrickt ist? Wer berichtet über die heimliche US- und NATO-Aufrüstung (*Nordatlantisches Verteidigungsbündnis*) in der Ukraine noch vor dem Staatsreich 2014 auf dem Maidan in Kiew, wen interessiert es? Victoria Nuland, die Vize-Aussenministerin der USA, hat dies alles in einer Senatsbefragung bereits zugegeben. Weiter sagte sie aus, die USA hätten nicht schon damals über 5 Milliarden zu diesem Zweck investiert. Heute ist in den West-Medien, Russenphobie und Putin-Bashing (*Wladimir Putin, russischer Präsident*) angesagt. Der amerikanische NATO-Angriffskrieg hatte 2014 auf dem Maidan begonnen, und in der Folge wurden die russischstämmigen Bewohner in den Donbass-Republiken von den ukrainischen Nazi-Bataillonen acht Jahre lang terrorisiert. Kinder und ältere Menschen wurden von Scharfschützen förmlich massakriert. Über 14'000 Zivilisten verloren dabei das Leben. Die Presse der westeuropäischen sogenannten Demokratien wird nicht müde, der Bevölkerung einzuhämmern, es gehe darum, in der Ukraine die Demokratie zu retten. In Tat und Wahrheit ist die heutige Ukraine ein absolut korrupter Failed State, wo westliche Oligarchen ihr Geschäft machen. Glaubt denn jemand, die Russen hätten nichts von diesen westlichen Perversionen gewusst? Klar ist einzig, dass die überwiegende Anzahl der betroffenen Bürger in den westlichen Demokratien nichts davon gewusst haben. Anders lässt es sich nicht erklären, dass diese ihre gesamten Regierungen nicht schon längst in die Wüste Gobi geschickt haben. Dass unser Bundespräsident Ignazio Cassis ohne Not unsere Neutralität auf dem Altar der Untertänigkeit gegenüber den USA und der NATO opferte, bedeutet, dass die Schweiz aus Sicht von Russland unvermittelt zur Kriegspartei wurde. Als Folge dessen brach Russland die internationalen Verhandlungen über eine neue Verfassung in Syrien einseitig ab. Begründung: Die Vermittlung der Schweiz sei nicht mehr neutral. Damit beging unser Bundesrat nicht nur Verrat an unserer Bevölkerung, sondern er bringt uns alle, auch unsere Zürcher Bevölkerung, ohne uns zu fragen in grosse Gefahr. Wer sich heute mit der NATO ins Bett legt, kann bei der durch die US-Strategen gewollten Spaltung Europas morgen für die Gegenseite zum Kriegsziel werden. Blöd ist: In unserer intellektualisierten Welt mit all den sehr gescheiterten Experten haben die Bürger es verlernt oder trauen es sich nicht mehr zu, selbst zu denken und Eigenverantwortung zu übernehmen. Ich denke, wir können das Blatt nur noch wenden, wenn wir die Geschehnisse selbst in die Hand nehmen und beginnen, unseren eigenen Verstand für alle fair zu nutzen. Nur so verlieren all die eigennützigen Pharma-Oligarchen-Milliardäre und die Politdarsteller in den westeuropäischen Scheindemokratien die Macht, welche wir ihnen täglich mit unserem Schweigen immer noch geben. Nach meinen Aussagen jetzt zu konkreteren Beispiele: Nach meinen Aussagen zu Corona im Kantonsrat, als es um die Notkredite für geschädigte Unternehmen bezüglich nichtsnutziger Corona-Massnahmen ging, meldete sich der Tages-Anzeiger zu einem vierstündigen Interview des Journalisten Kevin Brühlmann auf meinem Hof. Am 10. Mai 2020 erschien sein Artikel im Tages-Anzeiger mit dem reisserischen Titel «Der Final Countdown oder das jüngste Gerücht». Meine ver-

langten Änderungen nach dem Gegenlesen hat er nicht befolgt, hat Aussagen verdreht und verschiedene Sequenzen dazu gedichtet. Den Lesern präsentierte er einen Verriss mit dem Ziel, mich als Verschwörungstheoretiker, Aluhut, Antisemit und Rechtsaussen zu brandmarken. Ziel war es, Rufmord zu betreiben und Kritiker von Anfang an fertig zu machen. Obwohl sich alle meine damals geäußerten Argumente mittlerweile bewahrheitet haben, hält dieses Käseblatt bis zum heutigen Tag an seinen Lügen fest. Kein einziges Mal wurde inhaltlich über Argumente, Referate, Positionen kritischer Experten berichtet. Seit dieser Zeit werden von mir zu diesem Thema weder im Tössthaler, Zürcher Oberländer, Landboten, Tages-Anzeiger Lesebriefe abgedruckt, keine seriösen inhaltlichen Berichte. Drei Anfragen zu den Massnahmen, welche ich eingereicht hatte, wurden von der Regierung vollkommen unqualifiziert beantwortet. Ein Leserbrief zu den drei Anfragen an den Tösstaler wurden nicht publiziert. Auf meine Frage an Rolf Hug (*Redaktionsleiter*), weshalb nicht, sagte dieser: Zu viele Zeichen. Ich fragte: «Wie viele gibst du mir?» Da sagte er: «Es sind nicht die Zeichen, sondern der Inhalt.» Wer sagt dies? Malte Aeberli (*stellvertretender Chefredaktor*) vom Oberländer, und der Oberländer ist abhängig vom Tagi.

In der Präambel zum journalistischen Kodex heisst es: Das Recht auf Information, auf freie Meinungsäusserung und auf Kritik ist ein grundlegendes Menschenrecht. Ich zitiere aus der Präambel zu dem Kodex: «Das Recht auf Information, auf freie Meinungsäusserung und auf Kritik ist ein grundlegendes Menschenrecht. Journalistinnen und Journalisten sichern den gesellschaftlich notwendigen Diskurs. Aus dieser Verpflichtung leiten sich ihre Pflichten und Rechte ab. Die Verantwortlichkeit der Journalistinnen und Journalisten gegenüber der Öffentlichkeit hat den Vorrang vor jeder anderen, insbesondere vor ihrer Verantwortung gegenüber ihren Arbeitgebern und gegenüber staatlichen Organen. Die Journalistinnen und Journalisten auferlegen sich freiwillig die für die Erfüllung ihrer Informationsaufgabe einzuhaltenden Regeln. Diese sind in der nachstehenden Erklärung der Pflichten der Journalistinnen und Journalisten festgelegt. Punkt 1: Sie halten sich an die Wahrheit ohne Rücksicht auf die sich daraus für sie ergebenden Folgen und lassen sich vom Recht der Öffentlichkeit leiten, die Wahrheit zu erfahren. Sie verteidigen die Freiheit der Information, die sich daraus ergebenden Rechte, die Freiheit des Kommentars und der Kritik sowie die Unabhängigkeit und das Ansehen.» (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 305/2022 stimmen zwei Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.